

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein u. Umgegend.

(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
:: (Schiersteiner Neueste Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung) ::

Anzeigen
kosten die einspaltige Kolonelle
oder deren Raum M. 0.50.
Reklamen M. 1.—

Bezugspreis
monatlich M. 1.80, mit Bringer-
lohn M. 2.—. Durch die Post
bezogen vierteljährlich M. 6.—
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 584.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Inserate für auswärtige Zeitungen werden zu Originalpreisen vermittelt.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags.

Druck und Verlag

Probst'sche Buchdruckerei

Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter

Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584.

Nr. 94.

Donnerstag, den 12. August 1920.

28. Jahrgang

Russisch-polnischer Krieg.

Die Kriegslage.

Berliner Blätter melden von der ostpreussischen Grenze: Die Russen stoßen an der Nordfront, nachdem es ihnen gelang, die direkte Bahnverbindung Warschau—Mława—Danzig zu unterbrechen, weiter in der Richtung auf Thorn vor, um auch die andere Eisenbahnverbindung zwischen Danzig und Warschau über Bromberg und Thorn zu unterbinden. Zu diesem Zwecke wurde der russische Nordflügel durch neue Truppen außerordentlich verstärkt. Der polnische Nordflügel, der an großem Munitionsmangel leidet, befindet sich in völliger Auflösung. Zwischen Ostrolenka und dem Bug brachen die Polen eine große Schlacht ab, nachdem ihr kurzer Widerstand bei Kosirow gebrochen war. Auch auf der Südfront, wo die Polen sich noch am besten gehalten hatten, scheint ihr Rückzug hinfällig zu werden.

Der polnische Heeresbericht meldet, daß die Bolschewiken Siechanow genommen haben, und dadurch eine der beiden Eisenbahnlinien von Danzig nach Warschau abgeschnitten haben.

Der Nordflügel der polnischen Armee, der die Aufgabe hatte, Warschau im Norden zu sichern, befindet sich unter dem Druck der vierten russischen Armee in Auflösung. Die Störtruppe in gegen Thorn angestellt, dagegen ist die frühere deutsche Grenze am Südpol des Soldauer Kreises noch nicht von den russischen Petrowitsch überschritten. Die russische Front zieht sich von Mława über Cechanow nach Rozan. Die Entscheidungsschlacht über Ostrolenka und dem Bug scheint von den Polen nicht angenommen worden zu sein. Mit dem Einmarsch der russischen Kavallerie in den polnischen Nordkorridor ist jede Stunde zu rechnen.

Vor Warschau.

Die Russen haben sämtliche Streitkräfte aus dem Petersburger Militärbezirk nach der polnischen Front abgezogen. Sie sind offenbar zur Verstärkung der gegen Warschau bereitgestellten Truppen bestimmt.

In Warschau fanden am Montag gegen 15 Versammlungen verschiedener Parteien statt, auf denen einstimmig der Beschluß gefaßt wurde die Stadt bis zum äußersten zu verteidigen. Im Anschluß daran fanden große Umzüge und patriotische Kundgebungen statt.

In einem erneuten Aufruf fordert der Rat für die Verteidigung Warschaus die Bevölkerung auf, die Hauptstadt bis zum letzten Blutropfen zu verteidigen. Der Aufruf betont, daß der Kampf immer näher rückt und daß man schon fernem Kanonendonner höre. Ganz Polen schauet voller Erwartung und Vertrauen auf Warschau und seine Bevölkerung. Der Aufruf schließt: „Alles auf die Schanzen und zu den Waffen! Der letzte Kampf um die Erhaltung des polnischen Volkes hat begonnen!“

Massenflucht.

Nach Zeitungsberichten aus Danzig dauert die Massenflucht aus Polen fort. Bisher sind über 10 000 Personen aus Polen in Danzig angekommen. Inzwischen wird von den Russen der allgemeine Angriff auf Warschau vorbereitet.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erzählt: Wenn Polen den auf der Konferenz in Wien gestellten Friedensbedingungen nicht im voraus zustimmt, so würden die Waffenstillstandsbedingungen sehr streng sein. Wenn Polen sich dagegen den Vorbedingungen unterwerfe, würden die Waffenstillstandsbedingungen nicht hart sein. Die grundsätzlichen Bedingungen, welche Polen vorgelegt würden, seien folgende: Das polnische Heer wird auf Friedensfuß gebracht. Polen nimmt kein Kriegsmaterial irgendwelcher Art von den Entente-Mächten an. Die russische Regierung wird dafür der polnischen versprechen, daß Polen günstigere Grenzen erhalte, als die durch den Obersten Rat festgesetzten. Weitere Bedingungen sind nach dem Blatt: freier Handelsverkehr durch Polen und Amnestie für politische Verbrecher.

Entspannung?

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß in den Beziehungen der Alliierten zu Rußland auf Grund neuester Mitteilungen der Moskauer Regierung durch Vermittlung ihrer Londoner Vertreter eine Entspannung eingetreten sei. Das Verdienst hieran komme vor allem dem Botschafter Lloyd Georges zu, die Verhandlungen herbeizuführen, um einen neuen Krieg zu verhindern.

Beginn der Verhandlungen.

Aus Paris wird berichtet: Die „Chicago Tribune“ meldet aus Warschau: Die polnischen Bevollmächtigten

haben mit einer weißen Flagge die russischen Linien passiert und sich nach Wladiwostok begeben. Sie werden dort die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen besprechen und sind ermächtigt, jeden Beschluß hinsichtlich der Einstellung der Feindseligkeiten zu fassen; jedoch haben sie den Auftrag, zu widersprechen, falls sich Rußland in die inneren Angelegenheiten Polens mischen wolle. Die Verhandlungen haben am Sonntag morgen begonnen, doch fehlten die roten Truppen ihren Vormarsch fort.

Die Zwangsmaßnahmen.

Der Berichterstatter der Agence Havas meldet aus Sythe, die beiden Ministerpräsidenten hätten die Zwangsmaßnahmen gegen Sowjetrußland gebilligt, jedoch würden diese Zwangsmaßnahmen nicht zur Anwendung gelangen, bevor nicht die Bolschewiken eine letzte Gelegenheit gegeben werde, ihre angebliche Mäßigkeit zu beweisen. Am Mittwoch werde in Wladiwostok die erste Zusammenkunft der russischen und polnischen Unterhändler stattfinden. Wenn die Bolschewiken Polen Bedingungen anbieten würden, die die territoriale Integrität und seine politische Unabhängigkeit antasteten, dann werde die Haltung der Alliierten notwendigermassen da zu beeinflussen werden. Als Maßnahme soll nach dem Berichterstatter die effektive Blockade Rußlands namentlich im Baltischen Meer in Aussicht genommen sein. Amerika und die Rußland benachbarten neutralen Staaten wie Schweden, Norwegen und Dänemark würden aufgefordert werden, keine Produkte, Rohstoffe und keine Munition nach Rußland zu senden; nötigenfalls würden die Alliierten auch Deutschland zur Mitarbeit auffordern, um Rußland auch von der Landseite her zu isolieren. Eine andere Maßnahme werde darin bestehen, gegen Sowjetrußland mit Hilfe der vom ehemaligen russischen Reich getrennten Staaten, wie Lettland, Litauen, Estland und Weißrussland eine Defensivfront gegen Rußland aufzurichten. Das Heer des Generals Wrangel, sollte von England Kriegsmaterial erhalten. Polen werde ferner materielle und moralische Unterstützung von den alliierten Regierungen erhalten, damit es seine Unabhängigkeit aufrecht erhalten könne. Wenn der Korridor durchschnitten würde, werde das Kriegsmaterial über die Tschecho-Slowakei befördert werden. Die Entsendung französischer und englischer Truppen nach Polen sei nicht beabsichtigt. Wenn die Sowjetregierung in ihrem Widerstand verharre, würden Kamenev und Krasin aufgefordert werden, innerhalb acht Tagen London zu verlassen. Die Konferenz habe auch einen Augenblick darüber unterhandelt, ob man die Regelung des polnisch-russischen Streites dem Völkerverbund zuweisen solle, aber man habe festgestellt, daß diesem noch die notwendigen Aktionsmittel fehlten und daß man vielleicht zu einem für die Zukunft des Völkerverbundes unangenehmen Mißerfolg kommen könne.

Abbruch der Verhandlungen.

Dem „Temps“ wird aus London gemeldet, die Milion Kamenev und Krasin werde spätestens Sonntagabend 8 Uhr London verlassen, wenn bis dahin die Sowjetregierung den Alliierten nicht die Garantien dafür gegeben habe, daß Polens Unabhängigkeit garantiert werde und seine Grenzen intakt blieben. Bezeichnend sei, daß die bolschewistische Delegation schon jetzt Vorbereitungen zu ihrer Abreise treffe.

In Pariser offiziellen Kreisen glaubt man, daß der Abbruch der Verhandlungen unabwendbar sei, nachdem man am 8. August in Erfahrung gebracht haben will, daß die bolschewistische Regierung eine Sowjetregierung in Warschau einrichten und die Stadt der roten Armee zur Plünderung überlassen wolle.

Deutschlands Neutralität.

Wie uns aus Berlin berichtet wird, beabsichtigt die Reichsregierung in den nächsten Tagen eine Aufforderung an die deutsche Arbeiterschaft zu richten, die selbständigen Eingriffe gegen alliierte Transportzüge zu unterlassen. Die Reichsregierung werde mit allen Mitteln die strenge Neutralität des Deutschen Reiches durchsetzen und beabsichtige Eingriffe von transatlantischer Macht gegen die Neutralität des Deutschen Reiches zu verhindern. Die Alliierten hätten versichert, die deutsche Neutralität respektieren zu wollen und es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß das Gegenteil der Fall sein werde.

Die Mitwirkung Deutschlands.

Zu der Meldung, daß seitens der Alliierten nötigenfalls auch Deutschland zur Mitwirkung an der Blockade gegen Rußland aufgefordert werden würde, heißt es im „Berliner Tageblatt“: Deutschland hat seine Neutralität erklärt; die Teilnahme an der Blockade wäre ein Verstoß gegen das Neutralitätsprinzip, der sicherlich nicht begangen wird. Das Blatt meint ferner, bei den verständigen Leuten werde sich offenbar die Ansicht

Bahn, daß man die wirren Verhältnisse in Osteuropa gar nicht ohne Deutschland ebenen könne. Die „Augsburger Allgemeine“ meint zu der Frage der Teilnahme Deutschlands an der Blockade: Für derartige Pläne, deren Last zu Lande von der Entente fast allein Frankreich zufallen würde, ist die Zeit vorbei. Die Blockade zur See ist wirkungslos, da die Handelsbeziehungen ja überhaupt noch nicht in Gang gekommen sind.

Der Schutz der Ostgrenze.

Aus dem Auswärtigen Amt erfahren wir, daß es gegenwärtig das Bestreben der Reichsregierung sei, die Sicherung der Ostgrenze selbst zu übernehmen. In den nächsten Tagen würden Verhandlungen mit der Entente geführt werden, die zum Ziel führen sollten. Inwieweit das Mißtrauen gegen Deutschland auf die Verhandlungen einwirken wird, ist noch unbestimmt. Man darf aber annehmen, daß es der deutschen Regierung gelingen wird, dem Mißtrauen endgültig jegliche Unterlage zu entziehen.

Ein Präliminarfrieden?

Von unterrichteter Seite wird uns aus Berlin berichtet, daß die Absichten der Sowjetregierung augenblicklich darauf hinführen, sofort einem Präliminarfrieden mit Polen abzuschließen. Der Abschluß eines endgültigen Friedens dürfte sich noch längere Zeit hinziehen. Auch bei den offiziellen Friedensverhandlungen werden die Bolschewiken Wert darauf legen, daß jegliche Einmischung der Alliierten unterbleibe. Vor dem Friedensschluß soll aber eine Konferenz aller im Osten interessierten Länder stattfinden, an den höchstwahrscheinlich auch Deutschland teilnehmen wird. Ob diese Konferenz nun gerade in London zusammentritt, ist sehr unbestimmt. Man hält es nach den letzten Vorgängen für nicht sehr wahrscheinlich. Die Sowjetregierung legt bei den kommenden Verhandlungen Wert darauf, daß das Sowjet-System in Rußland und in der Ukraine von den anderen Mächten anerkannt wird.

Äußerungen Millerands.

Auf der Reise nach Paris gewährte Millerand einem Vertreter des „Echo de Paris“ eine Unterredung, worin er erklärte, er habe Lloyd George das Versprechen gegeben, über Sythe keine Mitteilungen zu machen, bevor Lloyd George nicht im Unterhause gesprochen habe. Jedoch sagte Millerand, der Vertrag von Versailles habe Polen unabhängig gemacht. Das würde aufrecht erhalten werden. Er habe für Polen Beweismittel gegeben, die nicht nur dem eigenen Schutze, sondern auch der Sicherheit Europas dienen sollten. Auch diese würden aufrecht erhalten werden. Zum Schluß betonte Millerand, es sei nicht die Rede davon, daß Frankreich mobilisieren werde.

Erklärungen Lloyd Georges.

Lloyd George hat im Unterhause die angekündigte Erklärung über die polnische Krise abgegeben. Die russischen Delegierten Kamenev und Krasin befanden sich während der Rede auf der Tribüne. Lloyd George ersuchte das Haus, seine Zustimmung zu den Schritten zu geben, die die britische Regierung zu unternehmen sich unter Umständen für berechtigt halte. Mit Recht trage die Sowjetregierung bei den Friedensverhandlungen der Tatsache Rechnung, daß Polen den Angriff auf Rußland unternommen habe. Ebenso müsse berücksichtigt werden, daß Polen diesen Angriff trotz der Warnungen der Alliierten unternommen habe. Die Sowjetregierung sei daher wohl berechtigt, Garantien zu verlangen, wie sie jede Regierung gegen derartige Übergriffe verlangen würde. Nicht gerechtfertigt dagegen sei es, Repressalien oder eine Bestrafung zu verlangen mit der Absicht, dem nationalen Bestande Polens ein Ende zu bereiten. Der Friede müsse auf der Grundlage der Unabhängigkeit des ethnographischen Volkes herbeigeführt werden. Falls die Konferenz in Wladiwostok ergebnislos verliefte, werde ein wirtschaftlicher Druck auf Sowjetrußland ausgeübt werden. Die Aktion würde in diesem Falle international und eine solche zur See sein. Vorbereitungen zur Versendung nach Polen seien genügend vorhanden.

Schließlich betonte Lloyd George: „Wenn wir die revolutionäre russische Regierung blockieren, so geschieht es nicht wegen ihren revolutionären Charakters, sondern weil sie nicht mit uns zusammenarbeiten will, um den Frieden zu sichern. Wenn Rußland den Frieden mit uns nötig hat, so kann es ihn erhalten. Die Londoner Konferenz ist ja gerade vorgeschlagen worden in der Absicht, einen solchen Frieden herbeizuführen.“

Die Amerikaner.

Das Staatsdepartement erteilt einen Bericht über den russisch-polnischen Konflikt, in dem es unter anderem heißt:

Die heutige Armee Rußlands ist vollbewaffnet, denn an der Spitze Rußlands befindet sich Lenin. In Wirklichkeit ist es aber eine russische Armee, denn ihr Generalfeldmarschall ist Brjussilow, der schon unter der Zarenherrschaft eine Rolle spielte. In seiner Umgebung befinden sich noch andere Generäle des Zarenreiches in großer Anzahl. Die Russen haben keine Eroberungsaussichten, und man kann erwarten, daß sie die polnische Souveränität nicht antasten werden. Die amerikanische Politik wünscht die Gebiete Rußlands zu schützen.

Die Erklärung, die als Ergebnis der Beratungen Wilsons mit den Staatssekretären anzusehen ist, nimmt also unausweichlich Stellung gegen Polen und zugunsten der Bolschewisten.

Die englischen Arbeiter.

In England schlägt die Stimmung immer mehr um gegen ein Eingreifen zugunsten Polens. Besonders die Arbeiterpartei und die unabhängigen Liberalen sprechen sich scharf gegen jede Einmischung in den russisch-polnischen Konflikt aus. Die Arbeiterpartei hielt im Unterhause eine Versammlung ab, in welcher die polnische Angelegenheit zur Sprache kam. Es wurde dabei gegen jede Intervention zugunsten Polens in der Form einer Blockade lebhaft protestiert. Dagegen wurde die Resolution aufgestellt: Maßnahmen zu treffen, um einen sofortigen und dauernden Frieden mit Rußland herzustellen. Die Versammlung faßte eine Entschließung folgenden Wortlautes:

„Die Konferenz hat die feste Überzeugung, daß ein Krieg zwischen den Alliierten und Sowjetrußland in Vorbereitung ist. Sie erklärt, daß dieser Krieg ein Verbrechen an der Menschheit wäre. Sollte die Regierung den Krieg beginnen, so werden die englischen Arbeiter mit allen ihren Organisationen zur Verfügung stehenden Mitteln diesen Entschluß zu unterstützen. Die lokalen Ausschüsse sind sofort zu benachrichtigen, daß sie im gegebenen Augenblick unverzüglich nach London zu einer Nationalversammlung kommen. Sie haben jetzt schon dafür Sorge zu tragen, daß die Beschlüsse dieser Nationalversammlung in der Provinz sofort durchgeführt werden.“

Auch die unabhängigen Liberalen hielten am Montag im Unterhause eine Sitzung ab, in der lebhaft die polnische Angelegenheit besprochen wurde. Auch sie faßten eine Resolution, in der gegen die Intervention für Polen, sei es durch eine Blockade oder durch Entsendung von Mannschaften, Geld oder Kriegsmaterial, Einspruch erhoben wird.

Die Ungarn.

Nach einem Telegramm der „Berlinsche Abendpost“ aus Warschau meldet die polnische Presse aus ministerieller Quelle, daß in Warschau eine Abordnung des ungarischen Parlamentes eingetroffen ist, die die Grüße des ungarischen Volkes überbringt mit der Versicherung, daß die ungarische Nation bereit sei, Polen zu Hilfe zu kommen. Ungarn könne Zehntausende von Männern Polen zur Verfügung stellen, außerdem Munition, Getreide und Lazarette.

Die russischen Friedensbedingungen.

London, 11. Aug. Lord George gab im Unterhause folgende Bedingungen bekannt, die ihm in letzter Stunde von dem russischen Delegierten Kamenew übergeben worden waren:

1. Die polnischen Armeen müssen auf ein Kontingent von 50 000 Mann gebracht werden. Der Generalstab sowie der Dienst für die Armee soll nicht mehr als 10 000 Mann betragen, so daß die Armee im ganzen 60 000 Mann stark sein soll.
2. Die Demobilisation der polnischen Armee hat sofort nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes zu erfolgen.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knob.

571

(Nachdruck verboten.)

„Halt, Monte Carlo!“

Norrmann und Fromberg tauschten einen vielsagenden Blick aus. Man war endlich auf der richtigen Spur. Nach Monte Carlo hatte er sich gewandt, um mit dem defraudierten Gelde in der Roulette zu spielen. Und wenn es ihm glückte, ein Vermögen hinzugewinnen, dann konnte er als ehrlicher Mann wieder auf seinen Posten zurückkehren. Glücke es ihm nicht, dann hatte er die Wahl zwischen Revolver oder Flucht. Da er nicht zurückgekehrt war, mochte er verloren haben und es blieben ihm nur die wenigen verlockenden Ausflüchte übrig. Zum Revolver hatte er übrigens nicht gegriffen. Das wäre bekannt geworden.

„Der sitzt vielleicht jetzt noch in Monte Carlo,“ meinte Fromberg nachdenklich.

„Glaube ich nicht. Aber natürlich müssen wir ihm nach.“

„Meine Annahme, daß beide gemeinschaftliche Sache gemacht haben könnten, ist jetzt hinfällig geworden. Hohenau oder v. Hagen scheint unbeteiligt zu sein.“

„Sehen Sie wohl!“

Norrmann ließ sich von dem Kranken eine ungefähre Skizze der Mainbrücke machen und den Punkt angeben, von welchem aus Hinrichsen den Gegenstand in das Wasser geschleudert hatte. Nach Lemkes Angabe lag die Stelle dem Ufer ziemlich nahe.

Die Beamten teilten sich jetzt in die zu erledigenden Aufgaben. Fromberg machte den Versuch, in Frankfurt a. M. den fortgeworfenen Gegenstand wieder aufzufinden, während Norrmann nach Rizza und Monte Carlo fuhr.

Es war helles, freundliches Wetter, als Fromberg am nächsten Tage sich direkt vom Frankfurter Bahnhof in einer Droschke zu der bewußten Brücke begab. Es verkehrte zu dieser Zeit nur wenig Fußgänger auf dieser, während der Fußgängerverkehr recht lebhaft war. Der Beamte, der mehrfach hin- und herging, die Schritte

3. Alle Waffen, mit Ausnahme derjenigen, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sind, müssen an die Sowjetregierung und an die Ukraine abgeliefert werden.

4. Jede Kriegsindustrie muß in Polen aufhören.

5. Die Sowjetregierung gestattet in keiner Weise, daß Truppen und Kriegsmaterial in irgendeiner Form nach Polen gebracht werden.

6. Die Eisenbahnlinie Wolkowist—Bialystok—Grajewo wird zur Disposition der russischen Regierung für Transporte nach und von dem Baltischen Meere überlassen.

7. Die Familien aller polnischen Bürger, welche in diesem Kriege getötet oder während des Krieges verwundet worden sind, bekommen gratis ein Stück Land zugewiesen.

Die Bolschewisten verpflichten sich dagegen zu folgendem:

1. Zu gleicher Zeit mit der Demobilisation der polnischen Truppen werden die russischen und ukrainischen Truppen vom polnischen Gebiet zurückgezogen.

2. Sofort nach Durchführung dieser Operation wird der Effektivebestand der russischen Truppen, die an der polnischen Grenze zurückbleiben, bedeutend vermindert werden.

3. Die Truppen sollen auf diejenige Linie gebracht werden, die Lord Curzon am 20. Juli in seinem Telegramm an die Sowjetregierung festgelegt hat. Ferner sehen die Friedensbedingungen die Errichtung einer neutralen Zone zwischen Rußland und Polen vor.

Zur Tagesgeschichte.

Der erste Kohlenkonflikt.

„Echo de Paris“ meldet den Abgang einer französischen Note an Deutschland wegen der angeblich schlechten Qualität der Kohlen seit der Ausfuhr des Späherkommens. Die gezielten Kohlen seien zu 35 Prozent andurchbarer Abfall, der anscheinend von den deutschen Bergarbeitern absichtlich den Kohlenförderungen beigelegt würde. Diese 35 Prozent könnten auf die vertraglichen Lieferungen nicht angerechnet werden.

Die Folgen von Spa.

Die Kohlenwirtschaftsstelle teilt mit: Gemäß Verfügung der Kohlenverteilungsstelle muß infolge des Kohlenabkommens von Spa mit Einschränkungen der Zubereitung von Steinkohle an die Industrie im allgemeinen sofort gerechnet werden. Es wird daher von der Reichskohlenwirtschaftsstelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die schnellste Umstellung auf rationelle Verfeuerung von Rohbraunkohle und andere Brennstoffen im eigenen Interesse aller Betriebe liegt.

Das Amnestiegesetz.

Das Kabinett befaßte sich mit der Rückwirkung des Amnestiegesetzes auf die Disziplinarverfahren. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß das Amnestiegesetz nicht auf die Disziplinarverfahren, sondern nur auf die Strafverfahren Anwendung finden soll. Andererseits war das Kabinett der Ansicht, daß es dem Geist und den Zielen des Amnestiegesetzes entspräche, eine möglichst weitgehende Verhütung aller Beteiligten herbeizuführen. Das Kabinett beschloß daher, daß die Untersuchungskommissionen sofort ihre Tätigkeit einstellen, Disziplinarverfahren auf Grund neuer Anzeigen nicht mehr eingeleitet und die schwebenden Verfahren mit möglicher Beschleunigung beendet werden sollen.

Dr. Rhombert Gesandter in Kristiania.

Zum Nachfolger des bisherigen deutschen Gesandten in Kristiania, Herrn Matusch, hat der Reichsaussch.

Sendebotschaft in Paris überreicht, ist, wie wir erfahren, der Geheimlegationsrat Dr. Rhombert, der jetzt als Abteilungsleiter das englische Amt im Auswärtigen Amt bearbeitet. Den letzten Posten übernimmt der Geheimlegationsrat v. Schubert, der bisher der deutschen Vertretung in London zugewiesen war.

„Was sagt Berlin?“

Der ehemalige Justizminister Müller-Reininger zeichnet in der „Südd. Dem. Kor.“ als die erste und wichtigste Forderung des deutschen Volkes, daß die Wahrung alles im Falle, um die ins neutrale Ausland gehobenen Millionen auf Konto Kriegsschädigung sonstige Biedergutmachung zur Gesamtentlastung des deutschen Volkes an die Entente zu überweisen. Die Entente habe die Macht, von den Neutralen die Ueberweisung ins Ausland gebracht und dort angelegten Privatvermögen deutscher Staatsangehöriger zu erzwingen. Auch die politischen Bedenken seien überwindbar. Die englisch-amerikanische Kriegsauffassung habe ohne Gesetz und Recht die höchste Belohnung, wenn England einem verhältnismäßig gegebenen Gesetz zur Ueberweisung der deutschen Guthaben in den bezeichneten Grenzen Schwierigkeiten setzen wolle. Der bayerische Ministerpräsident hat einstimmig beschlossen. „Was sagt,“ so schließt Müller-Reininger, „Berlin?“

Die Rechnung am Rhein.

Ein Staatssekretär im britischen Kriegsministerium äußerte sich auf eine Anfrage im Unterhause über die sachungsfreien der britischen Rheinarmee. In der vom November 1918 bis Juli 1920, also etwa in vier Monaten, haben die Gesamtausgaben die Gesamtsumme von 49 Millionen Pfund Sterling erreicht. Nur des englischen Pfundes beläuft sich gegenwärtig auf 168 Mark. Die bisherigen Aufwendungen der britischen Besatzungstruppen belaufen also das Deutsche Reich auf 8,2 Milliarden Mark, auf das Kalenderjahr 1920 auf zwölf Monaten umgerechnet bedeutet das eine monatliche Zahlung von fünf Milliarden Mark. Außerdem es aber noch einen französischen und einen belgischen Zahlungsabschnitt. Wie der englische Staatssekretär feststellt, hat Deutschland von den Besatzungskosten nur den zwölften Teil bezahlt. Der für die letzte Woche in Aussicht genommene internationale Finanz- und Wirtschaftskongress in Brüssel wird sich mit der Frage des gemeinsamen Aufbaues und der gemeinsamen Währungsreform zu beschäftigen haben. Vorher aber wird in Genf über die deutsche Zahlungsfrist entschieden werden.

Das sozialdemokratische Programm.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei der Reihe führender Parteigenossen aufgefordert, ein Gutachten über die Umgestaltung des Parteiprogramms zu erarbeiten. Diese Gutachten liegen nunmehr vor und nach dem „Vorwärt“ in den nächsten Tagen erscheint. Eduard Bernstein hat sich über die allgemeine Umgestaltung des Programms geäußert und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß an dem Geist des Parteiprogramms nichts geändert werden soll, was aber mit Rücksicht auf die Erfüllung eines Teiles des Erfurter Programms aufgestellten Forderungen durch Revolution eine andere Gruppierung des Stoffes, eine Erweiterung des Inhalts und eine Neuformulierung Ziele und Aufgaben erfolgen müßte. Das neue Programm müsse auch konkreteren Charakter erhalten.

Die Politik Italiens.

Die italienische Kammer beendete die Aussprache den Vertrag von St. Germain. Graf Sforza erklärte, daß eine Befestigung und sofortige Annexion von Triest im dem Vertrag nicht vorgesehen sei. Die Italiener hätten weiter, daß keineswegs Italien die Oberhoheit über Gebieten wünsche, die noch in der Waffenstillstandsphase liegen. Die Kammer bewilligte dann zwei Tagesordnungen, welche die Regierung auffordern, die Wahlen in neuen Gebieten zu beschleunigen, um auch dort das Amnestiegesetz anzuwenden. Mit 177 gegen 59 Stimmen wurde die Tagesordnung Triest abgelehnt, welche

v. Hohenau oder v. Hagen schied aus dieser Kreissache vollständig aus. Man hatte „kein Interesse“ an ihm.

Ingenieur Hinrichsen, dem die aufgegriffene Sache zur Befestigung vorgelegt wurde, wies die Annahme der Stille könnten aus dem Besitz seines Bruders kommen, mit Entrüstung zurück. Nach seiner Angabe sein Bruder ein Muster von Reinlichkeit und Ordnung gewesen, bei dem das Vorhandensein unordentlicher und zerrissener Wäsche zu den Unmöglichkeiten gehörte. Ebenso hielt der Ingenieur, trotz der drückenden Indizien, nach wie vor an der Annahme fest, daß nicht Defraudation, sondern Raubmord die Ursache der Sache sei. Da er aber keine Handhaben für die Annahme vorbringen konnte, schüttelte man den Kopf und ging stillschweigend darüber hinweg.

Die Untersuchung war auf dem toten Punkt gelangt. Auch die Zeitungen brachten in dieser Sache keinen weiteren Artikel mehr. Der Sturm hatte ausgetobt. Es trat überall Ruhe ein; auch in beiden feindlichen Familien. Man fand sich in Unerwartlichem ab.

Nach Verlauf mehrerer Wochen wurden die politischen Akten kontra Hinrichsen bis auf weitere Regelung beiseite gelegt. Ein neuer „sensationaler Kriminalfall“ nahm bald das Interesse der Zeitungen gefangen und brachte die Angelegenheit Hinrichsen der Öffentlichkeit allmählich in Vergessenheit.

An dem geschäftigen Treiben im Herrenhaus belonen merkte man, daß sich ein Ereignis vorbereite. Eine perfekte Schneiderin mit mehreren Gehilfen war eingezogen, um in aller Eile die Garderoben ausstattung für Adele zu vervollständigen. Auch und Händler sprachen vor, die man sonst nicht zu sich bekommen hatte. Allerlei fremdes Volk ging ein und aus. Der Aufschwung mit den prall gefüllten Brausen war den ganzen Tag unterwegs.

(Fortsetzung folgt.)

die Ratifikation des Vertrages von St. Germain

Das Schicksal der Türkei.

Für die Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrages standen nach einer Meldung aus Paris, neue Schwierigkeiten, die die Unterzeichnung wieder in Frage stellen. Laut „Journal“ weigerten sich die Seren, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, weil sie die Bestimmungen über die osmanische Schuld nicht anerkennen wollten. Das Heftschas wollte wegen der Ausweisung des Emirs Fethal nicht unterzeichnen. Die türkischen Delegierten aber hatten nur Auftrag zu unterzeichnen, wenn alle unterzeichnen würden und auf eine bezügliche Anfrage in Konstantinopel seien sie noch ohne Antwort.

Der Fall Helmhake.

Vor dem Reichsmilitärgericht in Berlin fand die Verhandlung im Prozeß gegen den Oberleutnant der Reserve Hiller statt. Hiller ist vom Berliner Kommandanturgericht von der Auflage wegen Mißhandlung des Gardefüßlers Helmhake freigesprochen und nur wegen einiger geringfügiger Verfehlungen zu einer Gefängnisstrafe von sieben Wochen verurteilt worden. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt, und das Oberkriegsgericht verurteilte am 30. April d. Js. Hiller wegen vorläufiger Mißhandlung zu zwei Jahren Gefängnis und Dienstentlassung. In der Verhandlung vor dem Reichsmilitärgericht stützte der Angeklagte seine Revision auf sachliche und formelle Rügen. Der Vertreter der Militärverwaltung stellte daraufhin den Antrag, das Urteil des Oberkriegsgerichtes vom 30. April 1920 auf Grund der Protestgründe des Angeklagten in seinem ganzen Umfange aufzuheben. Das Gericht zog sich hierauf zurück. Senatpräsident Dr. Klever verkündete folgende Entscheidung:

„Der Senat hat das Urteil des Berufungsgerichts aufgehoben und die Sache wird zur nochmaligen Verhandlung an die Berufungsinstanz zurückverwiesen.“ In der Begründung heißt es u. a.: Der Senat ist sich darüber schuldig geworden, daß die von dem Angeklagten erhobene Verfehlungsstrafe zulässig ist. Die Mängel der unvollständigen Befragung des Oberkriegsgerichtes sind durch die an der Hauptverhandlung beteiligten Richter nicht von den Vertretungsleuten der Soldaten gewählt. Gegen diese Vorschrift ist gröslich verstoßen worden. Das Oberkriegsgericht war so unvollständig befugt, und dieser Umstand mußte unter allen Umständen zur Aufhebung des Urteils in seinem ganzen Umfange führen, da hier absoluter Revisionsgrund vorliegt.

Kleine Meldungen.

Berlin. Mit Vorbehalt nehmen mehrere Morgenblätter von dem neuerdings wieder auftauchenden Gerücht an, daß der Reichsminister des Inneren Dr. Simon während seines Aufenthalts in der Schweiz mit Lloyd George und dem italienischen Minister des Inneren Grafen Sforza zusammengetrafen werde.

Leipzig. Zu der vom 14. bis 21. August stattfindenden technischen Messe und zu der allgemeinen Mustermesse vom 29. August bis 4. September meldeten sich bis zum 12.500 Ausstellerfirmen an, das sind 2000 Firmen mehr als zu der entsprechenden Zeit der Frühjahrsmesse.

Paris. Davaas meldet: Der Vorgesetzte der deutschen Delegation, Göpper, sei nach Berlin zurückgekehrt, wo er einen Posten im Ministerium des Auswärtigen übernehmen werde. Sein Nachfolger in Paris werde ernannt werden. Inzwischen wird Herr v. B. als Legationsrat bei der deutschen Gesandtschaft in Paris, vorläufig den Vorsitz der deutschen Delegation übernehmen.

Brüssel. Aus guter Quelle verlautet, daß das Projekt einer militärischen Übereinkunft zwischen Frankreich und Belgien durch die militärischen Chefs der beiden Länder unterzeichnet worden ist.

Amsterdam. Wie aus Rom (Mast) gemeldet wird, trat Edmundson am 8. August an Bord der Nordsee-Reise an.

Kopenhagen. Nach einem Telegramm aus Nizza wurde auf der lettisch-russischen Friedenskonferenz in Nizza über alle Fragen eine Einigung erzielt.

Kopenhagen. Hier sind zwei englische Kreuzer und vier Zerstörer eingetroffen und man nimmt an, daß sie in den nächsten Tagen nach dem Baltischen Meer in See gehen werden.

Bukarest. Die rumänische Regierung hat der russischen Regierung durch eine in Schicksel unterzeichnete Note eine Einladung zu Sonderfriedensverhandlungen zukommen lassen. Das russische Angebot schlägt Karkow als Ort der russisch-rumänischen Verhandlungen vor.

Wladivostok. Die Regierung hat die Nachricht erhalten, daß die Stadt Otschost niedergebrannt worden sei. Die japanischen Bewohner der Stadt sind ermordet worden.

Loftales und Provinzielles.

Schierstein, den 12. August 1920.

Jubiläum. Am letzten Sonntag konnte Herr A. Ragenstein auf eine 25-jährige Tätigkeit als Religionslehrer der hiesigen israelitischen Gemeinde zurückblicken. An diesem Anlaß versammelte sich die Kultusgemeinde zu einer einfachen, aber würdigen Feier, zu der auch auswärtige Gäste erschienen waren. Als Vorsteher der israelitischen Gemeinde feierte Herr Daniel Kahn in einer herzlichen Ansprache an den Jubilar die Verdienste desselben in seiner langjährigen Wirksamkeit und beglückwünschte ihn im Namen der Gemeinde zu seiner seitherigen, segensreichen Tätigkeit. Darauf folgten die Ansprachen des Kultusrabbiners, Dr. Lazarus, des Oberkantors Ruckbaum als Vertreter des Deutschen Kantorenverbandes und des Kantors Koppel, sämtlich aus Wiesbaden. Ferner ließen

die Gemeinden Hochheim, Rüdesheim und Eltville durch Vertreter Glückwünsche überbringen. Als Anerkennung seiner hohen Verdienste und Beweise innigster Verehrung wurde Herr Ragenstein mit kostbaren Geschenken bedacht. Wir wünschen dem Jubilar noch eine lange, segensreiche Tätigkeit in seinem Amte zum Wohle seiner ihm anvertrauten Gemeinde.

Turnerisches. Das Kreispielfest des 9. Mittelrheinkreises der deutschen Turnerschaft findet am nächsten Sonntag in Frankfurt a. M. auf dem Spielplatz des Frankf. Turnvereins 1860 statt wo auch die deutsche Fußballmeisterschaft zum Austrag kam. Es wird dort die Kreismeisterschaft im Schlag- und Faustball ausgetragen, außerdem finden noch Wettspiele von allen möglichen Spielarten statt, jedoch jedem Gelegenheit geboten wird, den vielseitigen Spielbetrieb der deutschen Turnerschaft kennenzulernen. Am interessantesten werden sich wohl die Schlagballspiele um die Kreismeisterschaft gestalten, an welchen auch die hiesige Turngemeinde mit ihrer Mannschaft teilnehmen wird. Das erste Spiel haben die Schiersteiner am Samstag Abend von 6-7 Uhr gegen den stärksten Gegner, den Wartburgverein Frankfurt, zu bestreiten. Dann spielt die Mannschaft am Sonntag Morgen um 8 Uhr gegen T. Saarbrücken 1848.

11. Vergesheim und nachmittags 4.30 Uhr gegen Tsch. Alschaffenburg. Wir wünschen der Mannschaft alles Glück zu diesen Spielen und hoffen, daß sie auch dort ihren Mann stellen wird. Obgleich die hiesige Mannschaft durch die schlechten Platzverhältnisse wenig Gelegenheit zum Üben hatte, ist es umso mehr anzuerkennen, daß sie es so weit gebracht hat, während andere größere Vereine wie Wiesbaden, Mainz und Kreuznach überhaupt nicht zum Schlagballspiel auftraten. Hoffentlich tragen auch diese Spiele zur Förderung des schönen Schlagballspiels bei, das in seiner feinen Spielart eines unserer schönsten Rasenspiele verkörpert.

Aus dem Protokoll über die Sitzung des Demobilisierungsausschusses für den Landkreis Wiesbaden vom 27. Juli 1920 entnehmen wir folgendes: Auf der Tagesordnung standen: a) Stellungnahme zu der Anordnung des Staatskommissars für die wirtschaftliche Demobilisierung in Hessen, betr. die Freimachung von Arbeitsstellen. b) Maßnahmen gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit. c) Produktive Erwerbslosenfürsorge. d) Verschiedenes. Die Punkte der Tagesordnung wurden wie folgt erledigt: Punkt 1: Nach längeren Ausführungen des Vorsitzenden, sowie Äußerungen verschiedener Mitglieder wurde die Unzumutbarkeit des Teiles der Verordnung, der die Entlassung der nicht im Arbeitsbereich wohnenden Arbeiter fordert, allgemein anerkannt und der Beschluß gefaßt, der Vorsitzende möge dieserhalb persönlich bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden die dargelegten Gründe mündlich vortragen. — Punkt 2: Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll versucht werden, Erwerbslose bei den Landwirten als landwirtschaftliche Arbeiter unterzubringen. Da die Lohnverhältnisse aber größtenteils noch teilweise ungelöst und unzureichend sind, soll darauf geachtet werden, daß bis zur endgültigen Regelung der Lohnfrage, die in einigen Tagen durch die Landwirtschaftskammer erfolgen wird, wenigstens einigermaßen angemessene Löhne gezahlt werden. Punkt 3: Da die näheren Ausführungsbestimmungen zu § 15 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge im Ministerialblatt der Verwaltung des Innern veröffentlicht sind, wurde von einer eingehenden Erörterung abgesehen. Den Gemeinden wird die Ausarbeitung entsprechender Projekte überlassen. Zu erwähnen ist hierbei das zur Nachschaffung empfohlene gemeinnützige Vorgehen der Gemeinde Sonnenberg durch Ausführung umfangreicher Notstandsarbeiten, worüber ausführlich berichtet wurde. Punkt 4: a) Bei der Regierung soll der Antrag gestellt werden, die Anwendung des § 9 a der Verordnung vom 6. 5. 1920 (R.-G.-Bl. S. 871) f. besonders zu bezeichnende Gruppen noch auf 1-2 Monate hinauszuschieben, damit unbillige Härten vermieden werden. b) Ferner wird einstimmig beschlossen, die den Gemeinden durch Rundschreiben vom 2. März 1920 empfohlene Heranziehung Erwerbsloser zu gemeinnützigen Arbeiten, das bisher sehr lückenhaft durchgeführt wurde, nunmehr unter Hinweis auf § 10 der Reichsverordnung vom 26. Januar 1920 (Reichsgebl. S. 98) den Gemeinden zur Pflicht zu machen. Als Stundenlohn gilt dabei die Hälfte des Tageslohnes der Erwerbslosenunterstützung. Gegen diejenigen Gemeinden, die, trotzdem sie dazu in der Lage sind, es auch für die Folge unterlassen, derartige Anordnungen zu treffen, soll bei der Regierung Antrag auf Entziehung der Reichs- und Staatsbeihilfen gestellt werden. c) Damit bei wichtigeren Angelegenheiten nicht immer der ganze Demobilisierungsausschuß zusammenzutreten braucht, wird beschlossen, daß eine Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden sowie den Herren Christ-Sonnenberg, Jantch-Dockheim und Schäfer-Schierstein, im Namen des Demobilisierungsausschusses vorläufig Beschluß faßt; derartige Beschlüsse werden sofort durch Umdruck oder bei der nächsten Vollversammlung zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Eine Musterverordnung gegen den Wohnungsmangel. Nach dem von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetz über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel können die Gemeindebehörden von der zuständigen Landesbehörde ermächtigt oder verpflichtet werden, Anordnungen gegen den Wohnungsmangel zu erlassen. Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt, um den Gemeinden die Feststellung solcher Maßnahmen zu erleichtern, den Entwurf einer Musterverordnung den einzelnen Landesbehörden zugehen lassen. Die Musterverordnung wird den Gemeinden die Arbeit der Feststellung solcher Maßnahmen wesentlich erleichtern. Der Musterverordnungsentwurf ist im „Reichsanzeiger“ zum Abdruck gelangt. (Wenn es mit Verordnungen zu machen wäre, gäbe es längst keinen Wohnungsmangel mehr.)

Abbau der Weinpreise. Das Saargebiet wird in letzter Zeit mit französischen Weinen so überschwemmt, daß die Preise bedeutend zurückgegangen sind. Rotwein ist zu M. 6.50, Weißwein zu M. 8.50 pro Liter zu haben.

Warum das Petroleum so teuer ist? Aus dem Bericht der Erdöl-A.-G. in Berlin ergibt sich, daß diese Gesellschaft im Jahre 1917 zweimal 25% Dividende ausgeschüttet hat; im Jahre 1918 20% und im Jahre 1919 25% verteilt. Wenn man bedenkt, daß diese Gesellschaft zweifellos noch große Abschreibungen vorgenommen hat, so wird es einem klar, warum die Preise für Petroleum dauernd so hoch bleiben. Hier sollte ein Abbau der Preise erfolgen. Petroleum ist doch ein Gegenstand täglichen Bedarfs.

Aufhebung der Kartoffel-Zwangswirtschaft. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden in letzter Zeit Verhandlungen über die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln statt, mit Vertretern der Landwirtschaft und der Konsumenten. Die gleiche Frage war vorher Gegenstand eingehender Erörterungen im Unterausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des Reichswirtschaftsrates und des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages. Mit Rücksicht auf die günstigen Ernteausichten haben diese Ausschüsse übereinstimmend mit der Reichsregierung vorgeschlagen, vom 1. September ab die öffentliche Bewirtschaftung für Kartoffeln mit der Maßgabe aufzuheben, daß auf Grund der Verordnung vom 21. Mai abgeschlossenen Verträge bestehen bleiben zur Schaffung einer starken Reichsreserve zur Überwinterung und für etwa während des Herbstes und der Wintermonate eintretende Not.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verordnung Nr. 31 der hohen interalliierten Rheinlands-Kommission betreffend die Verpflichtungen der Gewerbetreibenden.

Die hohe interalliierte Rheinlands-Kommission sieht es in Rücksicht der Anordnung v. 28. Juni 1919, niedergelegt im Friedensvertrag als ihre Pflicht an, über die Sicherheit, den Unterhalt und die Bedürfnisse der Besatzungsarmeen zu wachen.

Verordnung:

Artikel 1. Der Artikel 29 der Verordnung Nr. 2 der Hohen Kommission ist aufgehoben und wird ersetzt durch folgenden Wortlaut:

Artikel 29. Es ist jedem Handeltreibenden, Industriellen, Krämer und überhaupt jeder an das Publikum verkaufenden Personen unterlagt, Angehörigen der alliierten Armeen, Mitgliedern der Hohen Kommission, Beamten derselben und deren Familienmitgliedern, Lebensmittel, Waren oder sonstige Gegenstände zu einem höheren Preise als solcher für das laufende deutsche Publikum vorgegeben ist, zu verkaufen.

Artikel 29 § 1. Der Verkaufspreis der zum Verkauf ausgestellten Gegenstände und Lebensmittel muß deutlich sichtbar in den durch Bekanntmachung der Kommandanten der Besatzungstruppen als Verkaufsortlichkeiten bestimmten Räumlichkeiten angebracht werden.

§ 2. Kein Kaufmann, Industrieller, Krämer oder sonst eine an das Publikum verkaufende Person hat das Recht, sich zu weigern, zu den angelegenen Verkaufspreisen an Angehörige der alliierten Armeen, oder Mitglieder der Hohen Kommission oder deren Personal und Familienmitglieder zu verkaufen.

Artikel 29 § 3. Wenn ein Laden oder Geschäft durch die zuständige Militärbehörde geschlossen wird, so hat die Behörde das Recht, diesen Beschluß durch Anschlag an dem betr. Gebäude bekannt zu machen.

Jeder, der einen derartigen Anschlag entfernt, wird bestraft auf Grund des Artikels 22 der Verordnung Nr. 2

Artikel 2. Die vorstehende Verordnung tritt vom 1. August 1920 ab in Kraft.

Koblenz, den 22. Juli 1920.

Die Hohe Interalliierte Kommission.

Durch Beschluß der Gemeindevertretung vom 9. Juli ds. Js. sind die Sätze des Wassergeldes um 200 % erhöht worden.

Betr. Holzverkauf.

Der Holzverkauf im Rathaushof findet von jetzt ab jeden Dienstag und Freitag von 1 Uhr nachm. ab statt. Die Bezugsheine sind an den betr. Vormittagen auf Zimmer 7 des Rathauses einzulösen.

Betr. Ausgabe von Zucker.

In den hiesigen Lebensmittelgeschäften gelangen für die Monate Juli und August 900 Gramm Zucker zum Preise von M. 4.35 zur Ausgabe.

Betr. Ausgabe von Speck oder Dörrfleisch und Corned-Beef.

In den hiesigen Metzgereien gelangen ab heute 200 g geräucherter Speck oder 200 g Dörrfleisch, das Pfund zu 14 und 16 Mark, und am Samstag, dem 14. d. M., Corned-Beef zur Ausgabe.

Als verloren ist gemeldet:

Ein Taschmesser.

Abzugeben auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 12. August 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessler.

Grosse Preisermässigung.

Um der gegenwärtigen Lage Rechnung zu tragen, habe ich mich entschlossen, meinem Kundenkreis **etwas ganz außergewöhnlich** zu bieten. Ich habe einen grossen Teil meiner Lagerbestände in Serien eingeteilt und verkaufe diese Waren **weit unter Preis.**

Der Verkauf beginnt **Samstag, 7. August** und endet **Samstag, 14. August.**

Herren - Anzüge		Jünglings - Anzüge		Knaben - Anzüge, Grösse 0-7		Knaben - Anzüge Grösse 8-14	
				für 3-10 Jahre		für 10-14 Jahre	
Serie I	M. 475.-	Serie I	M. 98.-	Serie I	M. 42.-	Serie I	M. 88.-
" II	M. 575.-	" II	M. 190.-	" II	M. 55.-	" II	M. 110.-
" III	M. 675.-	" III	M. 250.-	" III	M. 75.-	" III	M. 130.-
" IV	M. 775.-	" IV	M. 295.-	" IV	M. 95.-	" IV	M. 150.-
" V	M. 875.-	" V	M. 395.-	" V	M. 115.-	" V	M. 170.-
		" VI	M. 495.-	" VI	M. 140.-	" VI	M. 190.-

Die Restbestände in Sommerwaren sind nochmals im Preise ermässigt.

Wiesbaden, Kirchgasse 64

Heinrich Wels

gegenüber Mauritiusplatz

„Genovis“

Haferflocken 1/2 Pfd. Paket Mk. 3.10	Hafermehl 1/2 Pfd. Paket Mk. 1.65	Haferkaffee 1/2 Pfd. Dose Mk. 10.-
--	---	--

für Kinder und Kranke
empfiehlt
Otto Zuckert.

Gesang-Verein „Eintracht“
gegr. 1877.

Samstag, den 14. Aug., abends 8 1/2 Uhr,
findet unsere halbjährige

Bersammlung

im Gasthaus „Zur Lindenbrunn“ (Mitglied E. Godron) statt.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Dazu werden unsere familiären Mitglieder herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Herren-Hüte
werden gereinigt, gefärbt und passoniert
auf neueste Formen
Garantiert fachgemässe Arbeit in eigener Werkstatt
Th. Gaul, Passonier-Anstalt
MAINZ, Stadthausstrasse 2 II.
Achtung! (Kein Laden) Achtung!

Neu eröffnet! Neu!!!
Achener Kunststopperei und Handweberei
für Herren- und Damen-Garderoben
im Hause **Karlstrasse 38, Wiesbaden, Laden.**

Tanzkursus.
Zu meinem demnächst stattfindenden
Tanzkursus
nehme ich noch Anmeldungen entgegen.
Hochachtungsvoll
Anton Horne
Karlstrasse 14

Lack- und Oelfarben
in allen Tönen, feinstes Feinöl, roh und gekocht, Effektiv-
Anstrichmittel, Terpentin, sowie alles, was zur Anstreicher-
arbeit gehört, lassen Sie nur gut und preiswert in der Farben- und Lackfabrik
Friedrich Brahm, Mainz, untere
zum weissen Röhren, nächst dem Gouvernement.

**Grosser
Preisabschlag!!!**

la Franz. Speiseöl Ltr. 21.-
bei 3 Ltr. 20.-
la Süßrahm-Margarine
Pfund Mk. 11.50
Edamer Käse, vollf. 40%
1/2 Pfund Mk. 4.75
Maizena, Paket Mk. 6.40
la Marmelade, Pfd. 4.40
Einfach la " 3.-
Bohnen, weiss " 2.-
Haferflocken " 2.40
Erbsen, Pfund Mk. 2.35 und 2.50
la Kaffeemischung, 1/2 Pfd. Mk. 6.-
Schuhcreme Erdal 2.-
" Import 1.50

Kaufhaus P. Knab.
Telefon 390.



Schöne Ferkel
hat abzugeben
Nascher,
Wasserküstrasse.

**Wollen Sie billig
u. gut rauchen?**
dann bestellen Sie sofort
2 Pfd. „Virginia“ Tabak
garant. reines Uebersee
Preis nur Mk. 50.- franko
oder
100 Stück la Zigarren
gar. reines Uebersee
Preis nur Mk. 75.- franko
Alle Preise einschl. Steuer
und Verpackung gegen
Voreins. oder Nachnahme.
Jucozon-Gesellschaft
Frankfurt a. M. - Kiederrad.
Händler verlangen Spezial-
preise!

Kleine Anzeigen
werden nur nach vorheriger
Bezahlung aufgenommen.
Für leipzigerisch aufgegebenes
Inferale wird keine Garantie
für den richtigen Wortlaut
übernommen.
Schiersteiner Zeitung.

Schmierseife
Friedrichs Qualität
Pfund Mk. 7.50
empfiehlt
Otto Zuckert.

Hochfeines
Isaf-Del
p. Ltr. Mk. 34.-
la Salatöl
Ltr. Mk. 24.-
Gute, reine
Bollmilch
p. Dose Mk. 8.75
Hochfeine
Boll-Milch
p. Dose Mk. 8.50
la Boll-Reis
p. Pfund Mk. 5.40
Saigon-Reis
p. Pfund Mk. 5.-
Boll-Reis
Gouda-Käse
p. Pfund Mk. 17.-
45%
Edamer-Käse
p. Pfund Mk. 18.-
Delfardinen
Clubdose Mk. 6.50
Neue holl.
Boll-Hering
p. Stück Mk. 1.50
empf. bis
Sean Benz Nachf.

Schöne Kochäpfel
zu verkaufen
1 Pfund 60 Pfennig.
Wilhelmstrasse 18.

Zu besseren Privat-
Mittags- und Abendlich
werden noch Abonnenten
angeworben.
Lauter ist auch ein schön
möbliertes Zimmer zu ver-
mieten. Zu erl. d. G. d. d. d. d.

**Süßen
Apfelmösl**
Glas 2 Mark
Raffauer Hof.

Schiersteiner Tanzschule Fritz Reich
gegr. 1909.

Tanzkursus Herbst 1920
Zu den demnächst beginnenden
Herbstkursus
nehme von heute an Anmeldungen entgegen.
Gleichzeitig eröffne ein **Privatkursus**
sowie Einzelunterricht für ältere Damen
und Herren in der modernen Tanzweise, Ball,
Foxtrott, Tango etc.
Fritz Reich
Wilhelmstr. 28.

TRAURINGE
Dukatengold 900 gest.
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585
8 kar. Gold 333 gest. von 300
Enorme Auswahl stets am Lager.
BOK Wiesbaden
Kirchgasse 70, Maur.

Atelier für mod. Photographie
F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse
Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppen-
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jeder
Reisepassbilder in sofortiger Ausführung
Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6 1/2 Uhr

D. Brandis | D. Brandis
Kürschnerei
und Pelzwaren
Wiesbaden, Langgasse 39 I
Fernsprecher Nr. 2024.
Annahme von
Neuanfertigungen.
Umarbeitung u. Reparaturen.
Pelleterie et four
Rue Longue 38
Wiesbaden
Téléphone No. 2024
On travail à
changements
et réparations.